

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dietmar Persian,  
die Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die GRÜNEN, SPD und FDP stellen folgenden  
Antrag zur nächsten Ratssitzung:

Seit die Geheimpläne zu rassistischen Deportationen öffentlich wurden, regt sich  
heftiger Protest, es gab erfreulich viele und vielfältige Demonstrationen im ganzen  
Land.

Die Teilnehmer der Konferenz in Potsdam verachten unser solidarisches  
Miteinander, unsere Grundrechte, unsere Freiheit, unsere demokratische Republik.  
Wir halten dem stand – gegen Rechtsextremismus, gegen Rassismus und für unsere  
wehrhafte Demokratie.

Der Rat der Stadt Hückeswagen bekräftigt, unsere demokratischen Werte gegen  
Extremismus zu verteidigen, denn die aktuelle Lage ist ein Auftrag für alle  
demokratischen Parteien, das Vertrauen in die Demokratie zu stärken und  
gemeinsam mit der Zivilgesellschaft und Wirtschaft gegen Demokratiefeinde  
einzustehen.

Vor diesem Hintergrund beantragen wir folgenden Beschluss:

## **Der Rat der Stadt Hückeswagen schließt sich der Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages vom 18.01.2024 an.**

### **Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages**

Das jüngst bekannt gewordene Treffen von AfD-Funktionären mit Mitgliedern der  
Identitären Bewegung und die dort diskutierte Deportation von Millionen Menschen  
aus Deutschland hat uns alle schockiert. Wir nehmen es nicht hin,  
dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des  
Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren.

In unseren Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als  
Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und  
Freunde, als Familie. Das ist die Lebensrealität in unseren Stadtgesellschaften. Das  
macht unsere Städte aus. Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben.  
Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar  
Kinder in unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu  
werden.

Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen,  
auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer  
Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und  
Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir  
nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres  
Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt  
werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen  
Zivilgesellschaft vor Ort. Das haben Zehntausende Menschen in den vergangenen  
Tagen in unseren Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam  
auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde,  
senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer  
Stadtgesellschaft